

Studierende kritisieren Semesterticket-Pläne

veröffentlicht am 24.05.2023

Studierendenvertreter reagieren empört auf die laut Medienberichten gefundene Lösung für ein bundesweites Semesterticket (Tagesspiegel Background berichtete). Sie werfen den Verkehrsministerien der Länder ein **„paternalistisches Vorgehen“** vor. Im Gespräch ist ein Angebot zum Preis von 29,40 Euro monatlich, **176,40 Euro pro Semester**, das bereits im Wintersemester 2023/2024 zur Verfügung stehen soll.

„Studierendenschaften sollen damit vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Dabei besteht erheblicher Gesprächsbedarf“, erklärte am Dienstag **Rahel Schüssler** vom „freien Zusammenschluss von Student*innenschaften“ (FZS). 176,40 Euro pro Semester sei ein noch immer **zu hoher Preis**. Auch über die Zukunft der Zusatzleistungen der bestehenden Semestertickets müsse noch gesprochen werden, sagte Schüssler.

„Wenn Studierendenschaften Vertragspartnerin sein sollen, müssen sie auch Verhandlungspartei sein“, fügte **Pablo Fuest** vom FZS hinzu. Andernfalls sei kein Verlass darauf, dass das bundesweite Semesterticket langfristig zu einem akzeptablen Preis angeboten werde. „Dieses Risiko können wir nicht eingehen – immerhin geht es um ein **Vertragsvolumen von bis zu einer Milliarde Euro**“, sagte Fuest.

Unterdessen sind die Beratungen über eine dauerhafte Studierenden-Version offenbar noch am Laufen. Derzeit würden in einer Arbeitsgruppe **verschiedene Modelle diskutiert** und vorbereitet, teilte das nordrhein-westfälische Ressort, das derzeit den Vorsitz der Länder-Verkehrsministerkonferenz innehat, am Dienstag auf Anfrage in Düsseldorf mit. **Eine Entscheidung** gebe es aber noch nicht. *mot/dpa*